

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

65. Sitzung
26. Januar 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 14:48 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Johannes Kraft (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau StS Klement (Senatskanzlei; Chief Digital Officer des Landes Berlin und Staatssekretärin für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung) vertreten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Webseite der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werde. Den Medienvertreterinnen und -vertretern wird die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet (§ 4 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 der Hausordnung der Präsidentin).

Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 14. Januar 2026 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 20. Januar 2026 vor.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung gemäß der Mitteilung zur Einladung um folgenden Punkt 5 (neu) zu ergänzen:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sachstand Einführung der OZG-Leistung „rote
Karte“ mit Bezahlfunktion (XBezahldienste)**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0147](#)
DiDat

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden keine schriftlichen Fragen eingereicht.

Mündlich werden ebenfalls keine Fragen aus aktuellem Anlass gestellt.

Punkt 1 der Tagesordnung wird abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Im Anschluss an den Bericht durch Frau StS Klement (Skzl) wird Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2823

[0145](#)
DiDat

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Berlin, des Rechnungshofgesetzes und des Berliner Datenschutzgesetzes

Frau StS Klement (Skzl) begründet die Vorlage zur Beschlussfassung.

Frau Kamp (BlnBDI) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss der Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Vorlage zur Beschlussfassung wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2743

[0140](#)
DiDat

Europäischen BezahlDienst jetzt berlinweit umsetzen!

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein gemeinsamer Änderungsantrag (Anlage) der Fraktionen der CDU und SPD zum Antrag – Drucksache 19/2743 – eingereicht und den Ausschussmitgliedern zugeleitet wurde.

Herr Förster (CDU) begründet den Änderungsantrag für die antragstellenden Fraktionen.

Im Anschluss der Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zum Antrag – Drucksache 19/2743 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Punkt 4 der Tagesordnung – Drucksache 19/2743 – wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung zu Punkt 4 der Tagesordnung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Einführung der OZG-Leistung „rote Karte“ mit Bezahlfunktion (XBezahldienste)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0147](#)
DiDat

Herr Abg. Ziller begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 der Tagesordnung für seine Fraktion.

Frau StS Klement (Skzl) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Aussprache kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, Punkt 5 der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung (neu)

Verschiedenes

Die nächste (66.) Sitzung findet am Montag, dem 9. Februar 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der/Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Johannes Kraft
(stellvertretender Vorsitzender)

Carsten Schatz

Anlage



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

zur Drucksache 19/2743:

Europäischen Bezahldienst jetzt berlinweit umsetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2743 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. In der Überschrift wird das Wort „jetzt“ gestrichen.
2. In Satz 1 werden nach den Worten "Der Senat wird aufgefordert, berlinweit das Bezahlen von Verwaltungsdienstleistungen mit dem europäischen Bezahldienst Wero zu ermöglichen" die Worte ", sobald dies technisch möglich ist" angefügt.
3. Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Nötigenfalls sind die zur Einbindung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Begründung:

Die Koalitionsfraktionen unterstützen das Ziel, die digitale Souveränität Berlins mittels innovativer und datenschutzkonformer Lösungen voranzubringen. Die flächendeckende Einführung von Wero als Standardlösung für Zahlungen in Behörden und Landesunternehmen kann hierfür einen wichtigen Schritt darstellen.

In der Beratung des Antrags in der Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Datenschutz am 12.01.2026 stellte sich allerdings heraus, dass die Einbindung von Wero in den E-Payment Basisdienst derzeit technisch nicht umsetzbar ist. Aus diesem Grund wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/2743 dahingehend geändert, dass der Senat aufgefordert ist, die Einbindung von Wero in den E-Payment Basisdienst unverzüglich zu ermöglichen, sobald die technischen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Auch

Anlage



die Überschrift wird angepasst, um den Eindruck zu verhindern, eine sofortige Umsetzung wäre möglich.

Sollte neben den technischen Hindernissen auch rechtliche Hürden bestehen, ist der Senat zudem aufgefordert, die zur Einbindung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Berlin, 21.01.2026

Stettner Förster
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Lehmann
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der SPD